

Presseinformation

Potsdam, 14. Oktober 2010

Morgen, am 15. Oktober liegt dem Bundesrat das gesetzliche Krankenversicherung (GKV) – Finanzierungsgesetz vor. Die Landesregierung Brandenburgs wurde vom Landtag beauftragt sich gegen den Gesetzentwurf auszusprechen. Dazu erklärt die gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion, Birgit Wöllert:

Unsozialer Umbau der Krankenversicherung muss verhindert werden

Mit ihrem Gesetzentwurf will die Bundesregierung das System der solidarischen Gesetzlichen Krankenversicherung grundlegend umbauen und perspektivisch abschaffen. Künftige Kostensteigerungen werden allein von den Beschäftigten, Arbeitslosen und Rentnern zu tragen sein; die Beiträge der Unternehmen werden dagegen eingefroren. Über die individuellen Zusatzbeiträge hält das Prinzip der Kopfpauschale Einzug. Damit werden Beiträge nach dem individuellen Gesundheitsrisiko bemessen und nicht nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

Der ohnehin unzureichende Sozialausgleich für Geringverdiener unterliegt auch noch der Zustimmung des Bundesfinanzministers.

Die Pläne der Bundesregierung sind unsozial und ungerecht. Zudem erhöht sich der bürokratische Aufwand. Schwarz-Gelb bricht damit endgültig mit Solidarprinzip in der Krankenversicherung. Das geschieht gegen den Willen einer großen Mehrheit in diesem Land. Eine nachhaltige Alternative ist die Solidarische Bürger- und Bürgerinnenversicherung.

Für Brandenburg löst dieser Gesetzentwurf weder aktuelle Probleme der ambulanten Versorgung im ländlichen Raum, noch trägt er dazu bei, dass die Krankenhäuser im Land die Aufgabe der Daseinsvorsorge bei der stationären Betreuung in hoher Qualität sichern können.

Die Pläne von Union und FDP müssen gestoppt werden. Der Bundesrat kann dafür ein erstes Signal setzen.

DIE LINKE Fraktion
im Landtag Brandenburg
Am Havelblick 8
14473 Potsdam
Pressesprecherin:
Alexa Lamberz
Telefon: 03 31 / 9 66 15 37
Telefax: 03 31 / 9 66 15 40
E-Mail: [pressestelle@
dielinke-fraktion.brandenburg.de](mailto:pressestelle@dielinke-fraktion.brandenburg.de)